



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/299 - 29.12.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 883

Berufsetändische Führungskrise	S. 1
Italien - soziales Notstandsland	S. 3
Sieben Monate Regierung Hallwege	S. 5
Vom 1. Januar an Rundfunk-Neuordnung	S. 6

In den Mittelschichten gärt es

FR. Es hätte nicht des politisch tückischen Kaufstreiks bedurft, den der Niedersächsische Landvolkverband für Januar 1956 ausgerufen hat, um deutlich zu machen, dass es in den Mittelschichten - Handel, Handwerk, Gewerbe und Bauernschaft - gärt. Wenn man von den Überspitzungen, wie dem erwähnten sinnlosen Streik in Niedersachsen, absieht, der einer sachlichen Debatte am 13. Feb. 1956 im Bundestag, dem sogenannten "Grünen Tag", nur schaden kann, ist diese Unruhe durchaus berechtigt.

Es gibt nun eben einmal grosse Reile der Landwirtschaft, vor allem klein- und mittelbäuerliche Betriebe, an denen das sogenannte "Wirtschaftswunder" vorübergegangen ist, in denen der zwölf- und vierzehn-Stunden-Tag kaum ausreicht, um Unkosten und Ernährung herauszuwirtschaften. Niemand kann auch bestreiten, dass viele kleine Handwerksmeister mit grössten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um ihre Betriebe zu rationalisieren. Das Pealen des Personalkredites macht sich bedrückend bemerkbar und die Kreditgarantiegemeinschaften waren nicht in der Lage, die Not zu beheben.

Man kann für diese Entwicklung sicherlich die Fülle wirtschaftspolitischer Argumente anführen, letztlich aber sind es politische Gründe, die den Ausschlag gegeben haben. Dieselben Vorsitzenden der Bauernverbände oder der Handwerkskammern, die heute zu radikalen Massnahmen aufrufen - die sich zwangsläufig gegen die Bundesregierung richten müssen - waren es nämlich 1949 und 1953 bei den Bundestagswahlen gewesen, die die eifrigsten Propagandisten für die -2-

CDU und, abgeschwächter, die anderen Regierungsparteien gewesen waren. Die Kampagne 1949 mag ihnen dabei verziehen sein, denn die gefüllten Schaufenster nach der Währungsreform haben viele Köpfe verwirrt. Anders aber war es schon bei den Wahlen 1953. Denn die gleichen Klagen, die heute mit entsprechend grösserer Lautstärke vorgebracht werden, wurden schon 1952 und 1953 erhoben.

Aber welche Konsequenzen haben die Führer dieser mittelständischen Berufsorganisationen damals gezogen? Obwohl es schon damals feststand, dass die Bundesregierung in den ersten vier Jahren ihres Bestehens sich als eine Regierung des Grosskapitals erwiesen hatte, haben sie mit blinder Leidenschaft in das Horn der Wahlpropaganda der CDU gestossen. Es gab damals keine Fachzeitschrift der Schuster, der Bäcker oder der Schneider, die nicht offen für Dr. Adenauer votiert hätte. Die Handwerkskammern und ihre Präsidenten rechneten es sich zur Ehre an, noch kurz vor dem 6. September 1953 eine Kundgebung mit Dr. Adenauer oder Prof. Erhard als Sprecher zu veranstalten. Ganz zu schweigen vom Bauernverband, der die massivste Regierungspropaganda betrieben hat.

Der Erfolg? In den Jahren seit 1953 sind die Belange dieser Schichten nach wie vor vernachlässigt worden. Die Bundesregierung hat zwar immer viele Versprechungen abgegeben, aber sie und ihre Parteien haben beispielsweise alle Anträge der SPD abgelehnt, die wirklich hätten Hilfe bringen können. Jetzt, wo der Unmut die üblichen Grenzen überschreitet, hat man wieder einige Trostpflasterchen zur Hand, aber grundsätzlichen Wandel werden auch sie nicht schaffen.

So ist im Grunde geronnen das Gären in den Mittelschichten eine berufsständische Führungskrise, denn man hat diese Millionen bewusst politisch in die Irre geführt. Es ist menschlich vielleicht verständlich, dass diese Führungsschichten keine vorläufigen Versagen ablenken wollen, in dem sie zur Radikalität aufrufen. Das aber ist kein Ausweg. Es müssen politische Konsequenzen gezogen werden.

Die Sphinx der italienischen Arbeitslosigkeit

PE - Rom, Ende Dezember

Wieviel Arbeitslose gibt es eigentlich in Italien? Auf diese, für die ganze wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes entscheidend wichtige Frage hat bisher noch niemand eine wirklich verlässliche Antwort zu geben vermocht. Die amtlichen Statistiken sprechen von rund zwei Millionen, doch die kommunistische Propaganda arbeitet mit weit höheren Ziffern und es fällt schwer, deren Unrichtigkeit nachzuweisen.

Das Problem ist schon darum nahezu unlösbar, weil die Grenzen zwischen totaler und partieller Arbeitslosigkeit, zwischen Unterbeschäftigung und Gelegenheitsarbeit, allemal verschwimmen. Ist beispielsweise ein süditalienischer Landarbeiter, der seit eh und je immer nur zwei Monate im Jahr regulär beschäftigt und den Rest der Zeit auf Gelegenheitsverdienste angewiesen gewesen ist, zu den Arbeitslosen zu zählen? Und wie steht es mit den Belegschaften der zahlreichen Industriebetriebe, in denen halb- oder ganztägige Teilschichten, ja gelegentliche Stilllegungen auf Wochen und Monate, geradezu die Regel bilden? Fragen dieser Art verwirren das Bild vollkommen.

Das "Experiment Vigorelli"

Kürzlich hat nun Arbeitsminister Vigorelli, ein Sozialdemokrat, im römischen Parlament über die ersten Ergebnisse eines von ihm veranlassten bemerkenswerten "Experimentes" berichtet, das auf die Untersuchung des Arbeitslosenproblems abzielt und das teilweise noch im Gange ist.

Vigorelli erwirkte nämlich im Jahre 1954 vom Ministerrat die Zuweisung von Geldmitteln, um in vierzehn, über ganz Italien verstreuten Gemeinden für eine gewisse Zeitspanne künstlich eine Situation der Vollbeschäftigung zu schaffen, indem man in diesen Gemeinden jedermann, der sich als arbeitslos erklärte, die Möglichkeit bot, entweder für einen freilich ziemlich niedrigen Lohn in einem sogenannten Arbeitelager Aufnahme zu finden, oder aber einen beruflichen Fortbildungskurs zu absolvieren und während dieser Lehrzeit bestimmte Tagelöhner zu beziehen.

Die vierzehn Gemeinden, in denen dieses "Experiment Vigorelli" stattfand, wurden so ausgewählt, dass unter ihnen alle typischen Wirtschafts- und Entwicklungsformen vertreten waren. Man wollte so die psychologischen Reaktionen der Land- und Industriearbeiterschaft auf den ihr ungewohnten Zustand der Vollbeschäftigung feststellen und bei dieser Gelegenheit sozusagen einen Querschnitt durch das Arbeitslosenproblem in den verschiedenen Teilen Italiens gewinnen.

Überraschendes Ergebnis

Unter den Ergebnissen des "Experimentes Vigorelli" ist vor allem eines überrassend: In den erwähnten vierzehn Gemeinden gab es

zu Beginn des Experimentes rund 25 000 bei ionArbeitsämtern als arbeitsuchend vorgemerkte Personen. Im Zuge des Experimentes wurden 17 000 Menschen in "Arbeitslagern" oder in Fortbildungskursen untergebracht. Man hätte also erwarten sollen, dass die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf 8 000 sinken werde. Hingegen betrug sie ein Jahr nach Beginn des Experimentes noch immer 20 000. Die nachweisbare Neubeschäftigung von 17 000 Personen hatte also die Zahl der Unbeschäftigten bloss um 5 000 verringert!

Offenbar handelt es sich hierbei um eine mit der chronischen Unterbeschäftigung breiter Massen zusammenhängende Erscheinung. Nur so lässt es sich erklären, dass das "Experiment Vigorelli" den Zustrom zu den Arbeitsämtern schlagartig erhöhte. Viele Menschen, die sich bis dahin mit ihrer Lage als Gelegenheitsarbeiter abgefunden und in ihrer Hoffnungslosigkeit gar nichts anderes mehr gesucht hatten, waren offenbar erst jetzt auf den Gedanken gekommen, sich zum ersten Mal in die Listen der Arbeitsuchenden eintragen zu lassen.

Bemerkenswert waren auch die Unterschiede zwischen dem Verhalten des oberitalienischen Industrieproletariats und dem der unteritalienischen Landarbeiter. In den Versuchs-Gemeinden Oberitaliens zeigte sich nämlich nur ein Teil der registrierten Arbeitslosen bereit, zu den niedrigen Löhnen in den Arbeitslagern zu arbeiten oder Schulungskurse zu besuchen. Im Süden hingegen meldeten sich sämtliche unbeschäftigte Männer sogleich vollzählig teils zur Arbeit, teils zu den Kursen. Man darf hieraus den Schluss ziehen, dass in Oberitalien auch der Arbeitslose nicht absolut vor dem materiellen Nichts steht und dass er es sich vielfach noch leisten kann, Arbeit unter ihm nicht zusagenden Bedingungen abzulehnen. Im Süden hingegen ist der Arbeitslose wirklich dem nackten Elend ausgeliefert und greift daher wahllos nach jeder sich ihm bietenden Verdienstmöglichkeit.

Bildungsmangel Hauptursache der Not

Das "Experiment Vigorelli" hat auch den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und mangelnder Bildung erneut bestätigt. Nicht einmal zwei Prozent der dabei erfassten italienischen Arbeitslosen hatten bisher irgendeine fachliche Ausbildung erfahren, während 98 Prozent völlig unqualifizierte Kräfte darstellten. Aber auch um die allgemeine Schulbildung steht es nach den gewonnenen Erkenntnissen sehr traurig. 87 Prozent der Arbeitslosen haben entweder überhaupt keine oder doch nur die Unterstufe der Volksschule besucht. Bei den in Italien herrschenden Verhältnissen bedeutet das vielfach, dass diese Menschen mit Mühe und Not ihren Namen schreiben, jedoch weder ein Buch noch eine Zeitung lesen können. Diese Benachteiligung im Daseinskampf erweist sich meist als verhängnisvoll und verurteilt die Betroffenen zu einem Leben ohne feste Beschäftigung und in ausweglosem tiefstem Elend.

Hinrich Kopfs Schatten über Niedersachser

-dt Hannover

Die "bürgerliche" Koalitionsregierung, bestehend aus CDU, DP, FDP und BHE, ist nur sieben Monate im Amt. Sie hat eine zehnjährige "sozialdemokratische Ära" abgelöst, die mit dem Namen Hinrich Kopf verknüpft ist. Ein so radikaler Wechsel verpflichtet zu einer besonders inhaltsreichen Regierungserklärung. Die hat es auch gegeben; 24 Schreibmaschinenseiten war sie lang und wer sie las und vor allem die "bürgerliche" Begleitmusik hörte, musste meinen, das Land zwischen Nordsee und Harz werde sich zu einem Musterstaat sondergleichen entwickeln.

Was dann kam, lässt sich an zwei Schlagzeilen des DP-Blättchens, den "Deutschen Stimmen", ablesen: "Hellwege führt doch in Niedersachsen" hiess es einmal, als es innerhalb der Koalition krachte und Zweifel darüber aufkamen, wer die Führung inne habe. Und "Regierung Hellwege packt an" verkündeten die "Deutschen Stimmen" vorheissungsfroh, als nicht mehr zu verheimlichen war, dass das Kabinett vor lauten personellen Streitigkeiten (es waren ja vier kungelige Partner zu befriedigen) gar nicht zum Regieren kam. Die Dinge, die unter dem Schlachtruf "...packt an!" verkündet wurden, sind heute noch wohl verpackt; der Landtag wird im Januar wahrscheinlich keine Sitzung abhalten, weil es an Stoff mangelt.

Wenn diese Dinge hier angeführt werden, dann nur, um darzutun, dass niemandes Bäume in den Himmel wachsen, auch nicht die einer Landesregierung, die sich nach zehnjähriger sozialdemokratischer "Zwangsherrschaft" (so wurde das vorher oft genannt) so Vieles und so Grosses auf 24 Schreibmaschinenseiten vorgenommen hat.

Die Regierung Hellwege hat also viel Wasser in ihre Maibowle giessen müssen. Dazu gehört, dass der "Beamtenstich", am 26. Mai zwar nicht angekündigt, bei den vorangegangenen Koalitionsverhandlungen aber vereinbart, bei weitem nicht die Formen angenommen hat, die allgemein erwartet wurden. Man hat mit viel Koalitions-Müh und Not und unter scharfem Beschuss der Öffentlichkeit die Frage der Staatssekretäre klären können; allzuviel gab es dabei ohnedies nicht zu klären, weil die vorangegangene sozialdemokratische Regierung gerade in dieser Sparte hausälterlich umgegangen war. Was in den darunter liegenden Beamtenkategorien "verschoben" wurde, hielt sich in Grenzen. Vor kurzem wurden zwei vakante Regierungspräsidien keineswegs mit exponierten Parteimännern, sondern mit Fachbeamten besetzt. Ob diese zurückhaltende Tendenz auf die Eifersucht der vier Parteien untereinander oder auf die Besorgnis zweier CDU-Minister zurückzuführen ist, die sich als "alte Beamte nicht vor einen Bayer-Ausschuss zitieren lassen wollen", blieb für die breitere Öffentlichkeit verborgen.

Erkaltete Koalitionsfreundschaft

In seinem Neujahrsaufruf hat Hellwege die Koalition nicht mit einem Wort erwähnt. - Das Verhältnis der vier Parteien untereinander ist seitdem Wonnemonat Mai kühler geworden. Die DP fühlt sich in der

Umarmung mit der CDU nicht sehr glücklich, die FDP hat sich von Schlüter noch nicht erholt und wird wahrscheinlich demnächst noch einiges einstecken müssen, wenn der Schlüter-Ausschuss "auspacken" wird, und der BHE steht als der penetrant auf seine Schlüsselstellung pochende Partner seit je nicht hoch im Kurs der Beliebtheit. Es wäre dennoch unrealistisch, zu erwarten, dass etwa die Dehler-Krise die niedersächsische FDP oder die KO-Politik (Kraft-Oberländer) des Kanzlers den niedersächsischen BHE bewegen könnten, landespolitische Konsequenzen zu ziehen. Unter den FDP-Länderministern, die dem Kanzler ins Gewissen reden wollen, fehlt bezeichnenderweise ein Minister aus Niedersachsen, und BHE-Kessel schreibt Dr. Aienauer zwar erbotete, aber keine ultimativen Briefe, weil er weiss, wie es im Lande aussieht.

Wo immer die Regierung Hellwege im Lande in Erscheinung getreten ist, überall stiess sie auf die Merkmale einer zehnjährigen sozialdemokratischen Regierung. Mit anderen Worten: Hellwege kann sich selten bei offiziellen oder halb-offiziellen Gelegenheiten vernehmen lassen, ohne dass nicht auch Heinrich Kopf ein vielbeachtetes Wort beisteuert. Das wird wie selbstverständlich von allen Beteiligten hingenommen. In dieser Feststellung liegt keine Schadenfreude, es ist nur eine Bestätigung der Tatsache, dass die Sozialdemokraten jahrelang das Land ordentlich regiert haben und dass die Vorstellungen von der "SPD-Zwangsherrschaft" nicht bei den Regierten, sondern in den Köpfen der wenigen Männer spukten, die im Mai 1955 wähten, leichtfertig darüber hinweggehen zu können, dass die SPD die stärkste Partei im Lande war und immer noch ist und dass man das Gewicht dieser Tatsache auch in Zukunft nicht mit leichter Hand weggeschoben kann.

+ + +

Statt NWDR - WDR und NDR

K.N. In der Silvesternacht werden die etwa 6,5 Millionen Rundfunkhörer in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg nicht nur vom vergangenen Jahr, sondern auch vom Nordwestdeutschen Rundfunk Abschied nehmen. Ab null Uhr am 1. Januar wird von Westdeutschen (WDR) und den Norddeutschen Rundfunk (NDR) geben. Als neue Erkennungszeichen sind für den NDR ein Motiv aus der zweiten Symphonie von Johannes Brahms und für den WDR einige Takte des Lides "In allen guten Stunden" von Ludwig van Beethoven vorgesehen. In Zukunft werden etwa 3,7 Millionen Radiobesitzer zum WDR und 2,8 Mill. zum NDR gehören. Was hat es mit dieser Neuordnung auf sich?

Zunächst wird man sich noch einmal die rechtlichen Grundlagen der Rundfunkneuordnung vor Augen führen müssen. Der NWDR war eine Schöpfung der Besatzungszeit, die auf der Verordnung Nr. 118 der britischen Militärregierung basierte. Nach der Aufhebung dieser Verordnung dienen nunmehr für Nordrhein-Westfalen das Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk Köln vom 25. Mai 1954 und für Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein der Vertrag über die Errichtung des NDR als Rechtsgrundlage für den Rundfunkbetrieb. Die beteiligten Länder haben ausserdem am 16. Februar 1955 einen Staatsvertrag

unterzeichnet, der trotz der dezentralisierten Programmgestaltung für die Zukunft eine gewisse Zusammenarbeit der beiden Anstalten, besonders auch auf dem Gebiet des Fernsehens, sichert. Rechtlich wird diese Zusammenarbeit durch den "Nord- und Westdeutschen Rundfunkverband" gesichert.

Soweit die rechtliche Grundkonstruktion, die für den Hörer gewiss nicht unkompliziert erscheinen wird. Zweifellos wird die Frage auftauchen, ob sich an der Wellenlänge und am Empfang der Sendungen etwas ändert. Die Antwort ist beruhigend und lautet: nein. Denn nach wie vor steht den beiden neuen Anstalten nur eine Wellenlänge - die bisherige - zur Verfügung.

Die verwaltungsmässige Grundkonstruktion ist bei beiden Anstalten sehr ähnlich. Nach dem Gesetz treten als Organe 1. der Rundfunkrat, 2. der Verwaltungsrat, 3. der Programmbeirat und 4. der Intendant in Funktion.
*des WDR zum Beispiel

Der Verwaltungsrat, der aus sieben Mitgliedern besteht, überwacht die laufende Geschäftsführung der Anstalt. Er hat auch dafür zu sorgen, dass der Rundfunk (nach Paragraph 4 des Gesetzes) seine Sendungen im Rahmen der verfassungsmässigen Ordnung hält, dass er objektiv und unabhängig berichtet und dass keine politische Partei, Gruppe oder Weltanschauung einseitig bevorzugt wird. Ausserdem soll der Rundfunk "die internationale Verständigung fördern, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein".

Während der Programmbeirat des WDR noch im Stadium der Errichtung steht, sind die wichtiger Intendantenstellen vor einiger Zeit besetzt worden.

Der Rundfunkrat schliesslich, der bereits des öfteren im Kreuzfeuer der Kritik stand, besteht beim WDR aus 21 Mitgliedern, die vom Landtag gewählt wurden. Seine wichtigste Aufgabe dürfte in der alljährlichen Beratung und endgültigen Genehmigung des vom Verwaltungsrat festgestellten Haushaltes der Anstalt liegen. Ausserdem gehören zu den Aufgaben des Rundfunkrates die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates, die Beschlussfassung über die Satzung und die Wahl der Mitglieder des Programmbeirates.

Aber die Aufgaben des Rundfunkrates erschöpfen sich nicht in den formalen Bereichen der Haushaltskontrolle. Der Rundfunk ist eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er soll mit den Hörern, mit dem Volk, in engem Kontakt stehen. Ein Mittler dieses Kontaktes kann der Rundfunkrat sein.

Wenn also am Neujahrstag die neuen Peusenzeichen unserer neuen Rundfunkanstalten aus dem Lautsprecher klingen, dann sollten wir uns darüber im klaren sein, dass der Rundfunk keine Angelegenheit ist, die in fernen und nicht zu erreichenden Höhen ein abgeschiedenes und unkontrollierbares Dasein führt. Es handelt sich vielmehr um eine Institution, die - von der Allgemeinheit getragen - nur eine Aufgabe hat: der Allgemeinheit und der Wahrheit zu dienen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau